

Stettiner Zeitung.

Abendblatt. Mittwoch, den 15. April

1868.

Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 2.

N. 176.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

Deutschland.

□ Berlin, 14. April. Die offizielle „Patrie“ macht den französischen Blättern den Vorwurf, daß sie jedwede Veranlassung zu alarmistischen Artikeln über einen bevorstehenden Krieg benutzen. Bald wäre es die orientalische, bald die landbotische Frage gewesen und jetzt sei es die Anwesenheit des dänischen Kriegsgenerals, die den Anhaltspunkt für dergleichen Artikel gewährt. Den weitläufigen Betrachtungen über die dänische Frage und das Interesse, das Frankreich angeblich an derselben haben soll, tritt die „Patrie“ in ähnlicher Weise wie es früher die „Times“ mit Bezug auf England that, mit der Bemerkung entgegen, daß Dänemark mit seinen übertriebenen Ansprüchen nicht auf die Unterstützung Frankreichs rechnen könne. Der dänische Kriegsgeneral hat übrigens Paris wieder verlassen. Für eine Erholungsreise ist sein vorzeitiger Aufenthalt allerdings etwas zu kurz gewesen. Wir wissen nicht, was der Gegenstand der politischen Unterhaltung zwischen ihm und der französischen Regierung gewesen ist, aber daß der norddeutschen Angelegenheit gar nicht gedacht worden wäre, ist nicht recht glaublich. Zu alarmistischen Nachrichten liegt sicher kein Grund vor, aber zu weit in der Vertrauensseligkeit darf man in dieser Hinsicht jedenfalls auch nicht gehen. — Von den Postanstalten des norddeutschen Bundes sind im vergangenen Jahre befördert worden: über 28 Mill. Briefe, gegen 31 Mill. Pakete ohne deklarirten Werth, welche ein Gewicht von 232½ Mill. Pfd. hatten, 16½ Mill. Pakete mit deklarirtem Werthe, mit einem Gewicht von 16½ Mill. Pfd., über 4 Mill. Briefe und Pakete mit Postvorschuß, gegen 6½ Mill. Briefe mit haren Einzahlungen. Der deklarirte Betrag der Geldsendungen belief sich auf 2845 Mill. Thlr., der summarische Betrag der Postvorschüsse auf 11½ Millionen Thlr. und der summarische Betrag der Einzahlungen auf 80½ Thlr. An Zeitungs- und Gesellschafungs-Exemplaren wurden befördert 137½ Mill. Stüd. Mit den Posten sind 6½ Mill. Personen befördert, das Pensonat der Postverwaltung betrug 13,969 Oberbeamte und 19,087 Unterbeamte, die Gesamtzahl der Postanstalten 4454, der Posthalterei 1770, der Posthalter 1654, der Postknechte 6881, der Postknechte 18,674, der Postwagen 4593, der Posthalterwagen 6549. Die Posten haben im ganzen Jahre zusammen eine Strecke von 11½ Millionen Meilen zurückgelegt. Postanweisungen sind 6½ Mill. zur Beförderung aufgegeben worden, für welche 78½ Mill. Thlr. eingezahlt worden sind. — Für das evangelische Konsistorium in Nassau sind folgende Ernennungen erfolgt: Zum Vorsitzenden ist der Ober-Regierungs-Rath und Abtheilungs-Direktor von Peltz, zu Mitgliedern der Landesbischof Dr. Wilhelm, der Kirchenrath und Dean Pfarrer Eibach, der Divisionsprediger Lohmann (sämmlich in Wiesbaden) und der Pfarrer Wolf aus Saulberg ernannt. — Der Landesbischof Dr. Wilhelm ist außerdem mit den Funktionen eines General-Superintendenten betraut. — Die „Mittelrheinische Zeitung“ macht den Versuch, den Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ zu hemmeln, der auf die Rücksichtnahme hinwies, welche die Beamten der neuen Provinzen bei der Beförderung der dortigen Beamtenstellen gefunden haben. Sie führt deshalb eine doppelte Liste aus Nassau unter den Rubriken „Import“ und „Export“ auf und giebt in der ersten die Namen der aus den alten Provinzen nach Nassau versetzten Beamten, an Zahl 80, und in der zweiten die der nach den alten Provinzen versetzten Nassauer, an Zahl 10, an. Die Listen betreffen nur, was von der „Prov.-Corresp.“ behauptet worden ist, daß nämlich diese Rücksichtnahme wirklich stattgefunden hat und daß im Gebiete der Kreisverwaltung bis auf 2 Amtmänner die Beamten in ihren Stellen belassen sind. Daß die Landrathsämter und die höheren Verwaltungs- und Justizämter von Beamten aus den alten Provinzen eingenommen worden, ist um so natürlicher, als sich selbst vielfache Wünsche aus Nassau dafür ausgesprochen haben. Was die Liste der „Exportirten“ der „Mittelrhein. Ztg.“ betrifft, so ist dieselbe sehr mangelhaft, abgesehen davon, daß sie, wie wir aus Regierungskreisen erfahren, schon in nächster Zeit noch eine sehr ansehnliche Erweiterung erfahren wird. Es zeigt sich auch hier wieder, daß häufig von Leuten Opposition gemacht wird, die nicht einmal die nöthige Kenntniß von der Sache haben, über die sie sprechen. — Die Verwaltung der Bundesflottenmarine wird eine neue eiserne Panzerfregatte in Bau begeben und hat dabei eine inländische Maschinenbauanstalt im Auge.

Berlin, 15. April. Gestern empfing Sr. Maj. der König zunächst den Besuch des Prinz-Admirals Adalbert, welcher sich verabschiedete und Abends nach Kiel abreiste, nahm alsdann militärische Meldungen entgegen und ließ sich vom Vizepräsidenten v. Bülow, dem Chef des Militär-Kabinetts v. Trede, dem Geh. Hofrath v. Bredow Vorträge halten. Nachmittags erhielt der König Audienzen dem Bildhauer Kilding aus Erfurt, einer Deputation aus Osnabrück, bestehend aus den Senatoren Gossberg, Andre und Schröder, arbeitete hierauf mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und nahm in dessen Beisein das Abberufungsschreiben des bisherigen Vertreters der Schweiz, Landammann Dr. Heer, entgegen. Um 5 Uhr fand im Palais ein Diner von 33 Gedecken statt. Geladen waren der Prinz August von Württemberg, der Ministerpräsident Graf Bismarck, der Landammann Dr. Heer, die Württ. Geh. Räte Delbrück und Camphausen, Baron von Rothschild, die zur Dienstleistung beim 1. Garde-Dragoon-Regiment, sowie zum großen Generalstab kommandirten württembergischen Offiziere etc. Abends erschien der Hof in der Oper.

General Nolte bereiste neulich die Gegend von Trier und nahm die Terrains der Nachbarschaft in Augenschein, wo etwa die zum Ersatz Luxemburgs bestimmte Festung angelegt werden könnte.

— Gegenüber der Nachricht, daß Dänemark den Mächten

nur die letzten Instruktionen des Hrn. v. Quade mitgetheilt, behauptet die „Post“ versichern zu können, daß es außerdem noch einen andern, weitgehenden Schritt gethan. In Wien sowohl als in Paris hat es seinen Entschluß kundgegeben, auf Grund der preussischen Vorschläge nicht weiter verhandeln zu wollen, und unter Protest seine „Rechte“ gewahrt. Daß es seine „Rechte“ hat, sondern Dänemark allein vergleichen, in Bezug auf die endgültige Ordnung der Schleswighischen Sache in Anspruch nehmen kann, hat das dänische Kabinet natürlich nicht an dieser Demarche gehindert. Hat man doch in Kopenhagen Anmaßung und Hartnäckigkeit von jeder für Politik gehalten! Das Feinlichste an der Sache ist, daß Frankreich sich nicht hat enthalten können, diese dänische Mittheilung zum Anlaß eines Gedankenaustausches mit dem österreichischen Kabinet zu machen. Aber Herr von Buys hat sich wohl gehütet, für seinen Freund die Kasanien aus der Asche zu holen, und dabei — abgesehen von anderen Unannehmlichkeiten — die letzten Sympathien in Süddeutschland zu verlieren. Seine Antwort hat eine Bethätigung an einem gemeinsamen Protest abgelehnt.

— Der Kangler v. Zander ist, wie aus Königsberg 4. Pr. berichtet wird, lebensgefährlich erkrankt.

— Das neben der Landesvertheilungs-Kommission neu errichtete Ingenieur-Comité ist nunmehr in Berlin, Behufs Prüfung aller Entwürfe zu Neuanlagen von Festungswerken, überhaupt aller wesentlichen fortifikatorischen Aenderungen als permanent zusammenberufen worden. Unter dem Vorsitze des General-Lieutenant von Ramecke, General-Inspeteur des Ingenieurcorps und der Festungen, wird dasselbe aus den Ingenieur-Generalen v. Kleff, Schulz, Mertens, Berns und Klop, sowie 2 Stabsoffizieren, und 8 Hauptleuten und Premier-Lieutenants derselben Waffe, gebildet.

— Die anhaltische Regierung läßt der Vermuthung, daß es sich bei der Berufung des Hrn. v. Lottich an die Stelle des Dr. Sinteris zum Chef der Landesverwaltung um die Vorbereitung eines mit Preußen abzuschließenden Accessionsvertrages handle, entgegenstellen.

— Die Verschiebung des Zusammentritts des Zollparlaments ist auf Wunsch des bayerischen Ministeriums erfolgt. Dort tagt der Landtag und steht mitten in der Budgetberatung, die nicht abgebrochen werden und bei der man die Anwesenheit der Minister, des Fürsten Hohenlohe und des Hrn. v. Schöler, die beide Zollparlaments-Mitglieder sind, nicht entbehren kann. Die Unterbrechung des Reichstages, zuerst durch die Osterferien, dann durch die Sitzungen des Zollparlaments, wirkt nicht günstig für den Fortgang der Geschäfte. Etwa die württembergischen Wahlen und auch eine bayerische Wahl werden angefochten werden.

Gumbinnen, 12. April. Regierungs-Präsident Murauch ist am 8. d. Mts., Nachts, von seiner Reise zurückgekehrt. Die Ankunft desselben, in Begleitung mehrerer Räte der hiesigen Rgl. Regierung, soll in Rarkeln am Kurischen Haff große Freude hervorgerufen haben, weil die dortige Bevölkerung auf Neue dadurch wieder die Ueberzeugung gewann, wie sehr die Regierung für das Wohl derselben besorgt ist. Da das Haff sehr unruhig und bewegt war, mußte der beabsichtigte Besuch des Präsidenten im Kirchspiel Inse unterbleiben. Um aber letzterem die Osterfreude dennoch zu erhöhen, wurde angeordnet, daß die für dieses Kirchspiel bestimmten Lebensmittel u. s. w. die Gölge hinauf nach Rappellen befördert wurden, von wo aus sie alsbald ihrem Bestimmungsorte zugeführt werden sollten. — Der nach dem Gouvernament Suwalki zur Feststellung der Rinderpest entsendet gewesene Departement-Dirigant Dr. Richter ist von seiner Reise zurückgekehrt und hat sich dahin ausgesprochen, daß die Rinderpest dort nicht geherrscht hat und überhaupt zur Zeit in den Grenzdistrikten des Wilkowsker Kreises nirgends existirt. Da hierdurch indessen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen wird, daß in den hinter den Gouvernament Suwalki und Komno belegenen russischen Distrikten die Rinderpest herrscht, so sind von dem Dr. Richter einige Vorsichtsmaßregeln beim Grenzverkehr in Vorschlag gebracht worden.

Elbing, 11. April. Die Regierung zu Danzig hat dem Magistrat angezeigt, daß sie nichts dagegen habe, daß Dr. Jacobl seine früheren Funktionen an der höheren Mädterschule wieder übernehme — vorausgesetzt, daß die Bezeichnung „Vorstand“ für die genannte städtische Deputation in irgend eine andere umgewandelt werde. (Bekanntlich war in der jüngsten Landtags-Session im Abgeordnetenhaus über diese Angelegenheit verhandelt worden.)

Karlsruhe, 12. April. Zwei wichtige Gesetze — das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit und jenes über die Presse — legislative Zankäpfel der vergangenen Landtagsession, sind verhängt und damit ist die Reihe der Gesetzesveröffentlichungen vorerst geschlossen. Das zweite enthält die vollständige Freiheit der Presse ohne Vorbehalt irgend welcher administrativer Maßnahmen. Besonders interessant wird es Angehörigen der in Preußen viel erörterten Stellfrage sein, zu vernehmen, daß zwar der §. 13 des Gesetzes die successive Hastbarkeit des Herausgebers, Verlegers und Druckers festsetzt, daß dagegen der §. 14 bestimmt: „Keine der obenbezeichneten Personen kann als Zeuge gezwungen werden, den Verfasser einer Druckschrift zu benennen.“ Die Regierung sträubte sich sehr gegen die Bestimmung, und sie unterliegt allerdings juristischen Bedenken. — Das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit hat seinen Schwerpunkt in dem der zweiten Kammer ausschließlich eingeräumten Anklagerecht, während die erste Kammer unter Zuziehung von 8 Kollaboratoren (mittels Loos) den Staatsgerichtshof bildet; die Kombination ist gut gemeint, ihre Wirkung aber läßt sich bei dem Naturell der ersten Häuser in den deutschen Kleinstaaten gar nicht berechnen; vorerst ernannt bei uns auch die Regierung verfassungsmäßig 8 Mitglieder zu ersten Kammer; die Kombination des Hauses kann daher durchaus konservativ sein, wie in früheren Jahrzehnten, oder freisinniger wie die zweite Kam-

mer in den ersten Jahren des 60er Jahrzehnts. Eine Stabilität wie im englischen Oberhaus ist nicht zu erzielen.

München, 11. April. Das Schicksal des Oesegentwurfes in der Schulfrage ist dadurch, daß in der Kammer der Reichsräte Herr Bischof v. Dintel zum Referenten ernannt wurde, im Voraus bestimmt, daß eine Reform der Volksschule nur zurückgebrängt, nicht verhindert werden können. Die Münchener Adresse für ein freiständiges Schulgesetz wurde mit nahezu 14,000 Unterschriften bedeckt. Die dringend notwendig eine solche Reform, zeigt schon ein flüchtiger Blick auf eine jüngst ausgearbeitete Zusammenstellung der Ergebnisse der Strafrechtspflege in Bayern. In Ober- und Niederbayern, wo der Schulunterricht am meisten verwahrloßt und noch ganz vom Klerus abhängig ist, trifft ein bei dem Schwurgerichte abgeurtheilter Verbrecher auf dreitausend, in den fränkischen Provinzen auf fünf- bis achtausend Einwohner. In Vergebungssachen trifft je ein Abgeurtheilter in Niederbayern auf 312, in Oberbayern auf 236, in den übrigen Provinzen auf 208—360 Einwohner. Auch in Bezug auf Mord und Körperverletzungen ragen die altbayerischen Provinzen in schauerlicher Weise hervor. — Wegen Ueberhäufung des Schwurgerichtshofes mit Kriminalfällen kann die Verhandlung gegen den jungen Grafen v. Chorinsky erst im Laufe des Monats Juni stattfinden. Der in der hiesigen Hofkapelle eingekerkerte Angeklagte simulirt fortwährend Geistesstörung, ohne jedoch durch Zeugnisse der beobachtenden Aerzte unterstützt zu werden. Der Vater des Angeklagten hat das Grab der unglücklichen Vergifteten auf dem hiesigen Leichenacker mit einem prächtigen, vom Münchener Bildhauer Siedinger gefertigten Monumente schmücken lassen, dessen Aufstellung bereits in den nächsten Tagen erfolgt.

Ausland.

Wien, 13. April. Biel Aufsehen macht hier das Urtheil, welches ein hervorragender katholischer Geistlicher, Domkapitular Singel in Leitmeritz, in der Wiener „Allgemeinen Literaturzeitung“ über die Konfessionsangelegenheit abgegeben hat. Deshalb verächtlich und angegriffen, veröffentlichte er in mehreren Blättern eine Erklärung, in welcher er den Satz durchführt, daß der Bestand der Kirche der katholischen Kirche von der Aufrechterhaltung des Konfessionsbündnisses unabhängig ist. „Der unverkürzte, volle Bestand der katholischen Kirche, sagt er unter Anderm, ist so wenig mit der konstitutionellen Staatsform unverträglich, daß vielmehr die Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche in dem österreichischen Verfassungsstaat gesichert erscheint als in einem Reiche, dessen Gesetz von der Willkür eines absoluten Monarchen diktiert wird.“

— Zwischen den beiden Ministern von Wien und Peking ist jetzt eine definitive Vereinbarung in Betreff der ostasiatischen Expedition herbeigeführt. Das Zustandekommen derselben ist gesichert; Kontraktual Peking wird sie leiten. Es werden mit der Expedition zwei Konsuln gehen, der eine für Schanghai, der andere für Jeddo; der eine wird Hofrath Dr. Scherzer sein, der als Generalkonsul die Konsulate in den ostasiatischen Reichen organisiren und seinen Sitz, je nach dem er es für gut findet, entweder in Schanghai oder in Jeddo einnehmen wird. Wahrscheinlich wird Schanghai zum Sitz des Generalkonsulates auserkoren werden. Der andere Konsul wird ein Ungar sein. — Ende Juni werden die Fregatten „Donau“ und „Friedrich“ die Anker lichten, und man hofft, daß sie in vier Monaten in Singapore sein werden. Von da wird dann, nach Abschluß von Handelsverträgen mit Siam und Cochinchina die Reise nach Trientia angetreten, da der Peihostrom im November einzufrieren pflegt. Man wird hier den Handelsvertrag, wenn möglich, noch vor Ablauf dieses Jahres abschließen und dann sofort nach Japan fahren. Sobald der Handelsvertrag mit Japan abgeschlossen ist, segelt die Expedition nach Amerika hinüber, um daselbst mit Chile, Uruguay und Paraguay ebenfalls Handelsverträge abzuschließen. Nach Ablauf von zwei Jahren werden die Schiffe wahrscheinlich schon wieder in den Hafen von Trientia eintreffen.

Wien, 14. April. Die „Neue fr. Presse“ theilt mit, daß das Comité der Bant-Aktionäre dem Finanzminister Brestel eine Denkschrift über die Entschädigungsfrage überreicht habe. — Der Finanzminister bezeugte die Angelegenheit als eine schwierige. Von vierprozentiger Verzinsung des vom Staate vor der Bant gewährten unverzinslichen Darlehens im Betrage von 80 Millionen Gulden könne keine Rede sein. Der Minister erklärte sich für Erleichterung und Erweiterung des Geschäftskreises der Bant, ebenso für die Erweiterung der Statuten. Was die Reduktion des Bant-Kapitals angeht, würden geringere Fonds genügen, doch hänge die Frage der Reduktion mit der Valutafrage zusammen und erfordere, wegen der mit Ungarn nöthigen Verständigungen, sorgfältige Verhandlung.

Genf, 10. April. Alle Welt ist erfreut über die glückliche Beendigung der Arbeitseinstellung, welche nun drei Wochen dauerte und auf alle Zweige des Verkehrs schwer drückte. Die Ausgleichung scheint vorzugewisse das Werk des bei den Arbeitern sehr beliebten Staatsraths Camperio zu sein; er verhandelte während der letzten Tage im Auftrage der mehr und mehr zur Nachgiebigkeit bestimmten Patrone direkt mit den Delegirten der Arbeiter-Sektionen. Die Maurer, Gypser, Anstreicher, Marmorarbeiter, Ofenmacher, Bleichschmiede, Glaser, Schreiner und Zimmerleute erhalten eine Lohnerhöhung von 10, die Schlosser, Mechaniker und Kleber eine solche von 5 Prozent, alle zusammen eine Verringerung der Arbeitszeit um eine Stunde. Es ist also genau der Mittelweg zwischen den ursprünglichen Forderungen der Arbeiter und den früheren Lohnverhältnissen eingehalten. Man hofft, daß die Sache nunmehr definitiv beigelegt ist.

Paris, 14. April. Ein Artikel des „Journal des Débats“ führt bezüglich der jüngst aufgetretenen legerischen Gerüchte aus, daß dieselben ohne jegliche Begründung seien. Frankreich habe, so

